

Beschluss Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.
- 2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,
- 3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch
- 4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem
- 5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz
- 6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.
- 7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht
- 8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus
- 9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns
- 10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen und solidarisieren uns
- 11 mit Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU und CSU
- 13 stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltlinie für die Seenotrettung und gegen eine
- 14 Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und
- 15 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien,
- 16 Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten,
- 17 brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenminister*innen blockiert.
- 18
- 19 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die
- 20 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,
- 21 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete tage-
- 22 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat

sich in

23 Luft aufgelöst.

- 24 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die
25 "Alan Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 26 • Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile
27 Seenotrettung einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die
28 gewalttätigen Milizen
- 29 • Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des
30 Malta-Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den
31 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit
32 nehmen er und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den
33 Außengrenzen und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.
- 34 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedstaat Malta
35 gezielt libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone
36 nach Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales
37 Recht und europäische Werte.

38 **Deswegen setzen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns dafür ein, dass:**

- 39 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine
40 Frage des politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem
41 Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende
42 Menschen jedes Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu
43 unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein
44 europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen.
45 **Solange sollen die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven
46 Beitrag zur Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten
47 Unterstützung prüfen.**
- 47 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine
48 aufgeklärte Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei
49 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen**

einfahren zu können und

50 **von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen
Europäischen

51 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs
darf nicht

52 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe
ausgetragen werden.

53 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche
Steine in den

54 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche
Küstenwache reden.

55 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich
gemacht werden,

56 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen
Rechts

57 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um
Rettungsaktionen

58 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass
Rettungen

59 verzögert werden.

60 3. **... eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen
Außengrenzen ankommen**

61 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine
schnelle Verteilung

62 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und
unwürdige

63 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss
die

64 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den
Außengrenzen Europas

65 müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen
werden.

66 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und
gemeinschaftlich

67 vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung
dieser wichtigen

68 grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und
Flüchtlingsaufnahme

69 ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische

70 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.

71 Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt.

Externalisierung von

72 Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den
Außengrenzen sowie

73 Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab.

Außerdem müssen

74 **die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten
Regionen,**

75 **Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden.** Dafür
sollen die Länder-

- 76 Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1)
77 Aufenthaltsgesetzes ausgenutzt
78 werden.
- 78 4. **... sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten
79 eine Ausweitung der
80 Resettlement- und Relocationprogramme, aber auch der
81 Landesaufnahmeprogramme. Die EU-
82 Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten
83 Resettlement-
84 Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle
85 Asylrecht wird
86 dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung
87 gegenüber
88 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus UN-
89 Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen
90 wir die
91 Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder
92 grundrechtskonform ermöglichen
93 und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und
94 Bundesländer,
95 eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich
96 verbessert
97 werden.
- 89 5. **...der Schengen-Kodex eingehalten wird.** Völkerrechtlich unzulässige
90 Zurückweisungen
91 von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU
92 nicht weiter
93 akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den
94 innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und
95 Rechtsstaatlichkeit
96 gewährleistet werden.
- 94 6. **... die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,**
95 so lange ihre
96 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort
97 zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu
98 Hilfsorganisationen
99 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind
100 sie für
101 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch die
102 EU gibt
103 es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In
104 Libyen selbst
105 sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt,
106 mit
107 Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und
108 Sklaverei. Die
109 Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten
110 für die

- 103 Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.

Begründung der Dringlichkeit

...